

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



Inhalt

Holger Börner zum zehnjährigen Amtsjubiläum von Hans Koschnick.

Seite 1/2

Dr. Hans de With gibt einen Überblick über die wichtigsten Verträge zur Terrorismus-Bekämpfung.

Seite 3/4

Lenelotte von Bothmer MdB zum Israel-Besuch von Sadat.

Seite 5

Bundeskanzler Helmut Schmidt festigte Atmosphäre des Vertrauens in Polen.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 85 11

32. Jahrgang / 227

28. November 1977

Politiker aus Logik

Hans Koschnick seit zehn Jahren Regierungschef von Bremen

Von Holger Börner
SPD-Vorstandsmitglied und hessischer Ministerpräsident

1967, Hans Koschnick war gerade zum Präsidenten des Bremischen Senats gewählt worden, nannte ihn die Wochenzeitung "Christ und Welt" einen Politiker der B-Mannschaft. Heute, nach zehn Jahren Amtszeit, wird niemand daran zweifeln: Hans Koschnick ist längst eine herausragende Persönlichkeit in der A-Mannschaft.

Als er Senatspräsident wurde, beschrieb ihn die deutsche Presse als Senkrechstarter. Er war Bremens jüngster Bürgerschaftsabgeordneter - mit 26 Jahren zum ersten Mal gewählt -, der jüngste Senator der Hansestadt und schließlich mit 38 Jahren der jüngste deutsche Regierungschef.

Wer Hans Koschnick kennt, Genossen, Freunde, Kollegen, wird meine Meinung teilen: Er legt in allem ein atemberaubendes Tempo vor! Sogar die Bremische Bürgerschaftsopposition muß anerkennen, daß er schneller schaltet als andere.

Früher als andere hat er Themen und Probleme der Zeit angesprochen und Lösungskonzepte vorgelegt. Er war es, der als erster das Ausbluten unserer Metropolen erkannte und

Wege zu einer menschlichen Stadt aufwies. Als Präsident des Deutschen Städtetages formulierte er die Überlebensbedingungen der großen Städte: Steigerung der Umweltqualität, mehr Wohnqualität, Verbesserung des kulturellen Angebots, sozialer Ausgleich, Mitarbeit der Bürger.

Hans Koschnick ist, so wurde über ihn geschrieben, ein "begabter Pragmatiker". Aber man wird seiner Persönlichkeit nicht gerecht, wenn man nicht hinzufügt, daß er gleichzeitig ausgeprägt tolerant ist, auf Ausgleich bedacht - ein Mann der Mitte, jedem Extrem abgeneigt. Doch die Begriffe Pragmatismus und Toleranz bedürfen der Erklärung. Für Hans Koschnick sind sie als beschreibende Eigenschaften kein Ersatz für Konzeption. Er ist durchaus streitbar, tritt für seine Vorstellungen ein, erläutert mit Nachdruck sein Konzept für eine menschliche Gesellschaft und verteidigt die staatliche Ordnung, die jedem Bürger die freie Entfaltung seiner Anlagen und Möglichkeiten garantieren soll. Dies alles verbindet er mit der sprichwörtlichen hanseatischen Weltoffenheit. So wurde er einer der sozialdemokratischen Politiker, die den Dialog der Bundesrepublik mit den Ländern der Dritten Welt pflegen. Er hat das Ansehen unseres Landes gemehrt, nicht zuletzt durch seine intensiven Kontakte zu Polen.

Ein Kommentator schrieb über Hans Koschnick, er sei "Politiker aus Logik", und "er glaubt mehr an Computer als an Marx". Dies stimmt gewiß. Ideologen, Mutmaßungen, Spekulationen sind seine Sache nicht. Er geht von Tatsachen aus, hält sich an das Überprüfbare, Nachvollziehbare. So verwundert es auch nicht, daß Schach sein Lieblingspiel ist, daß Böll und Grass, die Beobachter der bundesdeutschen Realität, seine bevorzugten Autoren sind.

Zehn Jahre ist Hans Koschnick im Amt. Er hat das große Werk Wilhelm Kaisens, seines politischen Paten, fortgesetzt. Bremen braucht ihn und wir, die Sozialdemokraten, brauchen ihn - als Genossen und Freund!

(-/28.11.1977/ks/ja)

+ + +

Diplomaten und andere völkerrechtlich geschützte Personen sicherzustellen.

- 5/ Das Europäische Übereinkommen vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus ist von 17 der 19 Mitgliedstaaten des Europarates unterzeichnet. Das Ratifizierungsverfahren für die Bundesrepublik ist eingeleitet: Heute hat der Bundestag über dieses Übereinkommen in 1. Lesung beraten.

Allen zwei- und mehrseitigen Übereinkommen auf dem Gebiet der Auslieferung und der Rechtshilfe in Strafsachen ist gemeinsam, daß die Auslieferung eines Straftäters nicht zulässig ist, wenn der ersuchte Staat die dem Ersuchen zugrunde liegende Tat als politische oder als eine mit einer solchen zusammenhängenden Straftat ansieht. Die Leistung von sonstiger Rechtshilfe in Strafsachen ist in diesen Fällen zwar möglich, eine Verpflichtung des ersuchten Staates hierzu besteht jedoch nicht.

Dies führt häufig zu einer rechtlichen und tatsächlichen Besserstellung von Tätern, die politische Motive für sich in Anspruch nehmen, gegenüber anderen Straftätern. Das Übereinkommen vom 27. Januar 1977 soll daher sicherstellen, daß auch Straftäter, die politische Straftaten, mit solchen zusammenhängende oder politisch motivierte Straftaten begehen, bei bestimmten schweren Straftaten ohne jede Ausnahme einer entsprechenden Bestrafung zugeführt werden. Es gilt der Grundsatz: Entweder ausliefern oder selbst bestrafen.

- 6/ Im Rahmen der UNO ist die Bundesregierung initiativ geworden. Ziel unseres Entwurfs einer Konvention gegen Geiselnahme ist es, daß alle Staaten Geiselnahmen strafverfolgen oder den Täter auf Antrag an den betroffenen Vertragsstaat ausliefern. Der Entwurf ist im August dieses Jahres von einem Ausschuß beraten worden. Unser Ziel ist es, daß die nächste Generalversammlung im kommenden Jahr die Konvention annimmt.

- 7/ Eine Initiative auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft hat der Europäische Rat am 13. Juli 1976 in Brüssel ergriffen. Er hat die Justizminister der neun EG-Staaten beauftragt, ein Übereinkommen zu erarbeiten, wonach Geiselnahmer entweder vor Gericht zu stellen oder auszuliefern sind. Eine Arbeitsgruppe von Beamten der EG ist dabei, ein solches Übereinkommen zu entwerfen.

Diese Übersicht zeigt, daß die Völkerfamilie die Gefahr des Terrorismus erkannt hat und dabei ist, ihr mit den Mitteln des Völkerrechts wirksam zu begegnen.

(-/28.11.1977/vo-he/ja)

Weg in die Normalisierung zeitigt erste Erfolge

Kanzler-Reise nach Polen festigt Atmosphäre des Vertrauens

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat mit seinem Warschau-Besuch das fortgesetzt, womit Amtsvorgänger Willy Brandt begonnen hat: Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen, um die Ost-West-Entspannung weiterzuentwickeln und zugleich Verständigung mit einem Volk, das durch Deutschland im zweiten Weltkrieg unsagbar gepeinigt wurde. Wie schwer und mühselig der Weg zum endgültigen Brückenschlag ist, zeigt der Vergleich mit Frankreich und Israel. In den Beziehungen der Bundesrepublik mit beiden Ländern brauchte es Jahrzehnte, bis den ersten politischen Kontakten die Normalisierung im menschlich-gesellschaftlichen Bereich nachfolgte. Die Verständigung mit Polen hat praktisch erst vor sieben Jahren mit dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 begonnen. Zudem wird die Phase der Annäherung zwischen Bonn und Warschau durch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Bündnissystemen kompliziert.

Angesichts dieser Problematik ist es erstaunlich, wieviele Barrieren im deutsch-polnischen Verhältnis bereits weggeräumt sind. Erfreulicherweise entbehrt eine politische Begegnung zwischen Repräsentanten der Bundesrepublik und Polen bereits des Spektakulären. Ein neues Stadium ist erreicht, in dem es darauf ankommt, mit Stetigkeit und Geduld auf möglichst vielen Ebenen Begegnungen und Kontakte herzustellen.

Helmut Schmidt hat durch seine Gespräche in Polen erheblich dazu beigetragen, daß das politische Klima zwischen beiden Ländern nunmehr bereits Frühlingstemperaturen erreicht hat. Seine Rede auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau hat das polnische Volk tief bewegt. In dieser Ansprache unterstrich der Bundeskanzler, daß sich Normalisierung nicht in steigenden Zahlen bei Handel und Tourismus erschöpfen darf, sondern daß es im Verhältnis zu Polen auch eine zutiefst emotionale Komponente gibt. Der Impuls, der von den in Birkenau gesprochenen Worten ausgeht, ist vielleicht deshalb besonders groß, weil der deutsche Regierungschef so unpathetisch-moralisch auftrat: Keine demutsvolle Reuerede, kein persönliches Schuldbekenntnis, aber eine um so stärkere Anerkennung der politischen Erbschaft der Schuldigen.

Es gibt wohl keinen Politiker im Ostblock, mit dem der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt persönlich so gut auskommt, wie mit Polens Parteichef Edward Gierek. Trotz der Einbindung in den Warschauer Pakt versteht sich Gierek nicht als bloßer Befehlsempfänger Moskaus. Daher hat Polen auch ein größeres Interesse an Truppenverminderungen in Mitteleuropa als die Krenl-Führung. Für Fortschritte bei den Wiener MBFR-Verhandlungen kann dies von Vorteil sein.

Gierek und Schmidt verbindet nicht nur Respekt, sondern - trotz gegensätzlicher Grundüberzeugungen - fast so etwas wie Freundschaft. Gäbe es in den Beziehungen beider Völker bereits jenen Grad von Herzlichkeit, der das Verhältnis zwischen Schmidt und Gierek auszeichnet, so hätte die deutsch-polnische Aussöhnung bereits einen weiten Weg zurückgelegt.

Jochen Loreck
(-/28.11.1977/ks/10)

+ + +